



Kippen-Krach in der Koalition

Vize-Kanzler Gabriel will das totale Werbeverbot für Zigaretten stoppen

Von CHRISTIAN WIERMER 

garetten mit Zusatzstoffen (z. B. Menthol) bereits ab Mai 2016 verbieten. In anderen EULändern gilt dafür eine Übergangsfrist bis 2020. Zudem sollen auch auf Packungen von Zigarren, Zigarillos und Pfeifentabak die Warnhinweise inkl. Schock-Bildern gedruckt werden.

Die Industrie protestiert vehement gegen die Pläne und erhält mehr und mehr Rücken-deckung in der Politik. Der

bußen mit sich bringen. Es bestehen sehr langfristige Werbennutzungsverträge“, heißt es in einem Schreiben seines Hauses gegenüber dem „Forum Rauchfrei“.

Ernährungsminister Schmidt entgegnet, dass innerhalb der EU neben Deutschland nur noch Bulgarien Tabakwerbung zulasse. So argumentieren auch die Gesundheitsexperten im Bundestag. SPD Wortführer Lothar Binding

Berlin – Ernährungsminister Christian Schmidt (58, CSU) will 2016 in Deutschland harte Tabak-Regeln einführen. Doch jetzt kriegt er ein Veto: von Vize-Kanzler Sigmar Gabriel (56, SPD) – und aus den ei-

genen Reihen. KippenZoff in der Koalition!
Worum geht es? Schmidt will ein Total-Verbot von Tabakwerbung, also auch auf Plakaten und in Kinos, durchsetzen sowie den Verkauf von Zi-

MOPO liegt ein neuer Beschluss der Wirtschaftspolitiker von CDU und CSU vor, der deutliche Korrekturen verlangt. Ihr Argument: Schmidt gehe weit über die Vorgaben aus Brüssel hinaus, der Koalitionsvertrag sehe hingegen eine „1:1 Umsetzung“ von EU-Richtlinien vor. Die Vorschläge gingen „gerade auch zulasten kleinerer und mittelständischer Unternehmen“, klagten die Unionspolitiker. Ähnlich sieht es

(65) hatte deswegen vor zwei Wochen eine Unterschriftenaktion unter seinen Kollegen gestartet, wurde aber prompt ausgebremst. „Nach Rücksprache mit Thomas Oppermann und dem Hinweis auf unsere Geschäftsordnung wird die Unterschriftenaktion zurückgenommen“, musste er nur kurz danach mitteilen. In Koalitionskreisen hieß es gestern, das Gesetz werde noch einmal überarbeitet.

Wirtschaftsminister Gabriel. „Ein totales Tabakwerbeverbot würde (...) die Gewerbefreiheit und die Freiheit der Berufsausübung einschränken. Dadurch wären insbesondere kleine Betriebe und Kinos, die einen nennenswerten Teil ihres Umsatzes über Tabakwerbung bzw. -verkauf erwirtschaften, in ihrer Existenz gefährdet. Für Städte und Gemeinden würde ein komplettes Werbeverbot im Außenbereich erhebliche Ein-